

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN AUS DEM LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

AUSGABE 1 · 40. JAHRGANG · 14. WAHLPERIODE · 28.1.2009

Wirtschaftskrise

S. 3, 5

Das zweite Konjunkturprogramm des Bundes ist in aller Munde. Der Düsseldorfer Landtag erörterte die Möglichkeiten einer schnellen Umsetzung und der Einbeziehung der Kommunen.

Weichenstellung

S. 4

Der „Masterplan Nordrhein-Westfalen“ zum Ausbau der Schieneninfrastruktur steht auf dem politischen Prüfstand. Die Bewertung der Pläne reicht von „Quantensprung“ bis „laues Lüftchen“.

Wandel

S. 2, 9-11

Das Lebensalter steigt, und damit auch die Zahl älterer Menschen. Diese Veränderung unserer Gesellschaft zeigt bereits Folgen. Ein wichtiges Thema auch für Kommunal- und Landespolitik.

Wahlen

S. 18

Dreimal können die Bürgerinnen und Bürger aus NRW 2009 ihr Kreuzchen machen. Aktiv wirbt der Landtag für eine hohe Wahlbeteiligung bei den Europa-, Bundes- und Kommunalwahlen.



Demographischer Wandel

NRW blickt in die Zukunft

Inhalt

Inhalt/Blickpunkt	2
Konjunkturförderung schnell umsetzen	3
<i>Wirtschaftskrise I: Anhörung vor 2. Lesung des NRW-Haushalts 2009</i>	
Meilenstein für den Schienenverkehr?	4
<i>Fraktionen streiten in einer Aktuellen Stunde um die Infrastruktur</i>	
Allen Kommunen Teilnahme ermöglichen	5
<i>Wirtschaftskrise II: Landtag debattiert Konjunkturpaket</i>	
Einigung in Brüssel über EU-Klimapaket	6
<i>Brüsseler Beschlüsse verschärfen die Fronten im Düsseldorfer Landtag</i>	
Mehr als Tomaten, Tulpen und Käse	7
<i>Landtag diskutiert verstärkte Zusammenarbeit NRW–Benelux</i>	
Wie gelingt Integration?	8
<i>Opposition fordert mehr kommunale Beteiligungsrechte für Zugewanderte</i>	
„Im Land des langen Lebens“	9
<i>Unterrichtung der Landesregierung zum demographischen Wandel</i>	
Schlag auf Schlag	10-11
<i>Experten der vier Fraktionen antworten</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	12
„Es reicht uns jetzt!“	13
<i>Solidarpakt II – Sachverständige fordern Entlastung für Kommunen</i>	
Gesetzgebung	14-15
Aus den Fraktionen	16-17
Mehr Jugend ins Parlament!	18
<i>Wahlen 2009: Jugendforum Europa im März und 2. Jugend-Landtag im Juni</i>	
Porträt: Ulla Meurer (SPD)	19
„ZEUS“ im Landtag	19
Impressum	19
Meldungen	20

NRW 2050

Was bedeutet der demographische Wandel für NRW? Bis 2050 rund drei Millionen Menschen weniger, das heißt weniger Arbeitskräfte, mehr ältere Menschen, zu wenige Kinder. Soweit die Prognosen. Bis dahin fließt zwar noch viel Wasser durch Rhein und Ruhr, Wupper und Lippe. Der demographische Wandel stellt uns aber schon bald vor zahlreiche Probleme.

In den öffentlichen Kassen entstehen große Löcher, wenn es immer weniger Menschen gibt, die Steuern zahlen – ein Problem, das neben Bund und Land auch die Kommunen hart trifft. Die sozialen Sicherungssysteme, die uns auffangen, wenn wir krank sind oder älter werden und nicht mehr arbeiten, sind für eine junge und wachsende Bevölkerung konzipiert. Und ein starker Wirtschaftsstandort ist immer wieder neu auf kluge Köpfe angewiesen, um innovativ und wettbewerbsfähig zu bleiben.

KINDER UND INTEGRATION

Das Land und die Kommunen müssen schon heute Vorkehrungen treffen, um auf die veränderte Altersstruktur vorbereitet zu sein, und gleichzeitig Gegenmaßnahmen ergreifen.

Dies erfordert laut Expertenmeinung mehr Kinder oder mehr (junge) Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen – am besten beides, damit ein Umsteuern schneller gelingt. Familien- und Integrationspolitik erhalten besonderes Gewicht. Außerdem ist klar: Je weniger Menschen in NRW leben, umso besser müssen wir das vorhandene Potenzial nutzen. Beste Bildung und individuelle Förderung vom Kindergarten über Schule, Berufsausbildung oder Hochschule bis zur Erwachsenen(weiter-)bildung sind also nicht nur im Sinne des einzelnen Menschen, sondern auch im Sinne eines starken Wirtschaftsstandorts geboten.

Gefragt ist also eine leistungsstarke Bildungslandschaft, die möglichst viele Menschen möglichst gut und immer wieder neu qualifizieren muss, gefragt sind familienfreundliche und gleichzeitig altengerechte Städte und Gemeinden sowie eine kluge Infrastruktur, gefragt sind zukunftsfeste Sozialsysteme. Darüber hinaus gilt es, den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter zu stärken. Die Politik, sei es in der Arbeits- und Wirtschaftspolitik, sei es in der Verkehrs- oder Integrationspolitik, muss schon heute die richtigen Weichen stellen.

Viel ist zu tun. Außerdem brauchen die Maßnahmen, die dem Schrumpfen und Altern der Gesellschaft entgegenwirken könnten, Jahrzehnte, um zu greifen. Der Landtag hat die Herausforderung erkannt und auf die Tagesordnung gesetzt. Was die einzelnen Fraktionen für geboten halten, lesen Sie auf den Seiten 9 bis 11. *sow*



Wiederkehrende Rubriken sind in Blau gekennzeichnet.

Konjunkturförderung schnell umsetzen

Wirtschaftskrise I: Anhörung vor 2. Lesung des NRW-Haushalts 2009

15.1.2009 – Das zweite Konjunkturprogramm des Bundes stand im Mittelpunkt einer gemeinsamen Anhörung des Finanzausschusses sowie des Ausschusses zur Kommunalpolitik unter Leitung des Vorsitzenden Edgar Moron, SPD. Dabei ging es insbesondere um die Effekte dieses Programms auf die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Insofern konzentrierte sich die Anhörung auf das Gemeindefinanzierungsgesetz 2009. Die Auseinandersetzung über das dritte Nachtragshaushaltsgesetz 2008, das Abrechnungsfondsgesetz wie auch die Ergänzungsvorlage zum Haushaltsgesetz 2009 wird bei der kommenden zweiten Lesung im Plenum erwartet.

15.01.2009
 Anhörung
 des Haushalts- und Finanzausschusses
 und des Ausschusses für Kommunalpolitik
 und Verwaltungsstrukturreform
 am 15. Januar 2009
 Ergänzungsvorlage zum Haushaltsgesetz 2009,
 Vorlage zum GFG 2009,
 Vorlage zum GFG 2008,

Foto: Schälte

Schnell, wirksam und einfach müssen sie sein: Dies der einhellige Tenor der Experten über die jetzt beschlossenen Maßnahmen, die Konjunktur und Arbeitsmarkt stützen sollen. Daher kam es sowohl dem Städte- und Gemeindebund NRW (Claus Hamacher) als auch dem Landkreistag (Dr. Christiane Rühl) auf die Rahmenbedingungen an, die für die Kommunen (die ja einen Eigenanteil beisteuern sollen) gelten sollen. Alle Kommunen, ob reich oder arm, müssten die gleiche Chance haben, an dem Programm teilzunehmen; dann würde die erhoffte Investitionswirkung erzielt. Die Experten plädierten dafür, die Verwendungsmöglichkeiten weit zu gestalten und neben Neuinvestitionen auch Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen zuzulassen. Eine mögliche Bremse sahen sie in den Auflagen des europäischen Vergaberechts; dies stelle aber zugleich auch einen Schutz vor dem Eindruck ortsinterner Absprachen dar. Kritisch wandten sie sich gegen die in der Ergänzungsvorlage zum Landeshaushalt NRW vorgesehene Aufstockung der Bildungspauschale. Angesichts der angestrebten Reform des kommunalen Finanzausgleichs, bei der das Verhältnis von Investitionspauschalen und allgemeinen Mitteln des Verwaltungshaushalts (Schlüsselzuweisungen) neu geregelt werden soll, möchte man in der Zwischenzeit keine Veränderungen in diesem Bereich.

Licht und Schatten sahen die Wirtschaftsexperten aus Köln und Essen bei der Gesamtbewertung des Konjunkturprogramms. Auch wenn Einzelelemente – wie die Maßnahmen im Bereich des Steuerrechts sowie die vorgesehene Absenkung des Krankenkassenbeitrags – in die richtige Richtung gingen, so sei das Programm insgesamt wenig zielgerichtet, meinten Dr. Reiner Kambeck vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (Essen) sowie Prof. Dr. Clemens Fuest und Dr. Michael Thöne von der Universität Köln. Auf Kritik stieß insbesondere eine mögliche Beteiligung des Staates an Unternehmen beziehungsweise die Konzentration auf einen Sektor (beispielsweise auf die Energieeinsparung), auf Skepsis die Frage, ob denn die staatliche Verwaltung die anvisierten Investitionen überhaupt zügig in die Tat umsetzen könne.

Ebenso befürchteten die Wirtschaftswissenschaftler sogenannte Mitnahmeeffekte, zum Beispiel beim Neuwagenkauf. Mit Blick auf stabile Staatsfinanzen forderten sie, die diskutierte „Schuldenbremse“ mit entsprechend wirksamen konkreten Mechanismen zu beschließen. Auf jeden Fall sei es notwendig, dem Konjunkturprogramm eine „große“ Steuerreform folgen zu lassen und die Bürgerinnen und Bürger stärker zu entlasten.

Dieser Punkt war auch für Michael Boeckhaus vom Bund der Steuerzahler von besonde-

rer Bedeutung. Er trat für einen Tilgungsplan hinsichtlich der jetzt geplanten neuen Schulden ein; außerdem müssten die Maßnahmen und ihre Umsetzung schnell konjunkturwirksam werden, um einen weiteren Abschwung der Wirtschaft und damit stärkere Einnahmeausfälle des Staates zu verhindern. Opportun sei eine pauschale Verteilung mit einer Berichtspflicht im Nachhinein, schädlich eine Erörterung möglicher Maßnahmen auf dem langen Weg der Instanzen.

Für eine schnelle Abwicklung plädierte auch Kai Mornhinweg vom Bundesverband der deutschen Industrie. Er begrüßte insbesondere den Investitionsaspekt des beschlossenen Pakets und forderte angesichts der anhaltenden „Kreditklemme“ in Einzelfällen auch staatliche Bürgschaften für Unternehmen mit einem Liquiditätenspass. cw

Die Gefahren einer „Kreditklemme“ insbesondere für den Mittelstand war am 15. Januar 2009 auf Antrag der SPD auch Thema einer Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (siehe Seite 12). Der Ausschuss wird dieses Thema weiter verfolgen.

Die Haushaltsberatungen im Landtag sollen laut Planung mit der Beratung und Abstimmung in der 2. Lesung am 28./29. Januar und der 3. Lesung am 11./12. Februar 2009 zu Ende gehen.

Meilenstein für den Schienenverkehr?

Fraktionen streiten in einer Aktuellen Stunde um Infrastruktur

17.12.2008 – Mit dem „Masterplan Nordrhein-Westfalen“, der den geplanten Ausbau der Schieneninfrastruktur im Land beschreibt und den die Verkehrsminister von Bund und Land gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten und Bahnchef Hartmut Mehdorn kürzlich verkündeten, haben sich die vier Fraktionen im Landtag beschäftigt. In diesem Plan ist auch der Rhein-Ruhr-Express (RRX) erstmals definitiv vermerkt. Für die geplante schnelle Nahverkehrsverbindung im 15-Minuten-Takt auf der Haupt-Pendlerstrecke zwischen Dortmund und Köln soll es nun Planungssicherheit geben. CDU und FDP sahen darin einen großen Schritt für den Schienenverkehr in NRW. SPD und Grüne meinten, das sei noch lange nicht genug.

Von einem „Quantensprung für die Verkehrspolitik“ sprach **Bernd Schulte** (CDU). Die Landesregierung habe die Planungsblockade aufgehoben. Der Rhein-Ruhr-Express, „Premiumprodukt“ im Nahverkehr, habe bundespolitische Pilotfunktion. Außerdem enthalte der Plan Vereinbarungen zur Modernisierung von über hundert kleineren und mittelgroßen Bahnhöfen. Drei Milliarden Euro schwer sei das Investitionspaket, das auch für die Konjunkturankurbelung entscheidende Bedeutung habe. 37.000 Fahrgäste pro Tag werde der Rhein-Ruhr-Express künftig auf die Schiene bringen. Die Strecke Köln–Düsseldorf werde dazu vierspurig, die Strecke Düsseldorf–Duisburg sechsspurig ausgebaut. Der CDU-Abgeordnete erwartet eine „zügigen Umsetzung“.

Eine Betriebsaufnahme des Rhein-Ruhr-Express' sei voraussichtlich ab 2015 möglich, sagte **Christof Rasche** (FDP), relativierte aber: „Wir von der FDP haben niemals von einem festen Termin der Fertigstellung gesprochen.“ Der Starttermin könne sich durch mögliche Anwohnerklagen verschieben. „Entscheidend

ist“, so Rasche, „dass wir diesem Projekt Schritt für Schritt näher kommen.“ Der FDP-Politiker sprach vom „größten Schienepaket für Nordrhein-Westfalen seit 20 Jahren“. Auch der geplante „Eiserne Rhein“, eine geplante Verbindung vom Duisburger Hafen durch die Niederlande bis zum belgischen Antwerpen, sei Teil des Masterplans. Es komme darauf an, auch diesen bis 2015 fertigzustellen, „ansonsten können die Kollegen aus Belgien nicht mitspielen“.

Für die SPD verwies **Wolfgang Röken** darauf, dass die Rahmenvereinbarung für den Rhein-Ruhr-Express bereits Anfang 2005 abgeschlossen worden sei. Der jetzige „Masterplan“ sei daher „das Ergebnis von jahrzehntelanger ambitionierter und verantwortungsbewusster Verkehrspolitik aller Landesregierungen“. NRW sei das Verkehrsland Nummer eins in Deutschland und solle es auch bleiben; deshalb dürfe man sich mit dem Vorhandenen nicht zufriedengeben. Dass es auch in Zukunft viele Schritte zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur geben müsse, sei eine „Aufgabe der Zukunftssicherung unseres Landes“. Zu den geplanten Modernisierungen der Bahnhöfe Dortmund und Duisburg sagte

der SPD-Abgeordnete: „Da hätten wir uns etwas mehr gewünscht als ein paar Pinselstriche.“

Horst Becker (Grüne) kritisierte, von den ursprünglichen Ankündigungen sei nur ein laues Lüftchen übrig geblieben. Es gehe um insgesamt eine Milliarde Euro bis 2020 für drei Projekte: den RRX, das Bahnhofprojekt Stuttgart 21 und für Ulm-Wendlingen. Selbst wenn alle Mittel ausschließlich für NRW ausgegeben würden, fehlten immer noch 500 Millionen Euro. „Sie rennen mit der Abrissbirne durchs Land“, so Beckers Fazit zur Schienenverkehrspolitik von CDU und FDP. Die ausgebliebenen Nahverkehrsmittel aus dem Bund habe die NRW-Regierung nicht ausgeglichen. Das Ergebnis seien überfüllte Züge und saftige Preiserhöhungen. „Sie können heute leicht etwas für 2020 versprechen. Bis dahin sind Sie lange nicht mehr da“, schloss Becker.

Für die Landesregierung sprach Schulministerin **Barbara Sommer** in Vertretung für den erkrankten Verkehrsminister **Oliver Wittke** (beide CDU). Insgesamt sei der „Masterplan“ eine gute und frohe Botschaft, weil „wir konkrete Grundlagen für eine zukunftsfähige Entwicklung der Bahninfrastruktur geschaffen haben“. Der Plan enthalte entscheidende Weichenstellungen, denn der Rhein-Ruhr-Express sei das bedeutendste Projekt für den Schienenverkehr in NRW. Auch die Strecke Münster-Lünen werde zweigleisig ausgebaut. „Wir werden den RRX so schnell wie möglich aufs Gleis setzen“, versprach sie. Erheblich mehr Menschen könnten dann auf die Schiene umsteigen. Genaue Planungsdaten jedoch könne und dürfe heute niemand erwarten.

Der Masterplan sei eine große Luftblase, kritisierte der fraktionslose Abgeordnete **Rüdiger Sagel**. SOW

Rurtalbahn

Unter Vorsitz von **Gerhard Lorth** (CDU, 5.v.li.) informierte sich der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe Bahn des Landtags bei der Dürener Rurtalbahn. Die Rurtalbahn ist ein mittelständisches Unternehmen mit eigener Lokführer-ausbildung und betreibt auf der Schiene Personenverkehr sowie Güterverkehr auf einer Netzlänge von 90 Kilometern. Daneben wird die Straße mit dem Rurtalbus bedient. Auch im Europäischen Güterverkehr ist das Unternehmen präsent. Das Bild zeigt die Gruppe vor dem modernen Schienenfahrzeug „Otmar Alt-Sprinter“. Foto: Rurtalbahn GmbH Düren



Allen Kommunen Teilnahme ermöglichen

Wirtschaftskrise II: Landtag debattiert Konjunkturpaket

16.1.2009 – Eine schnelle Umsetzung des geplanten Konjunkturprogramms forderten die Oppositionsfractionen im Düsseldorfer Landtag, nachdem die Bundesregierung das zweite Konjunkturpaket für Beschäftigung und Stabilität beschlossen hatte. Die Abgeordneten diskutierten das Thema in einer Sondersitzung.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) betonte, Deutschland und NRW ständen am Beginn eines schwierigen Jahres. Der Staat könne konjunkturelle Krisen nicht verhindern, aber dazu beitragen, die Ausschläge zu dämpfen; Es bestehe die Notwendigkeit, rasch zu handeln, eingefahrene Denkschablonen beiseite zu schieben. Sinnvoll seien Maßnahmen, die nicht nur die Nachfrage stärkten, sondern auch die Rahmenbedingungen für einen mittelfristig höheren Wachstumspfad verbesserten. „In diese Richtung wirken die Konjunkturprogramme der Bundesregierung und die Maßnahmen des Landes“, führte Thoben aus. Zusätzlich zum Rettungsschirm für die Banken und dem ersten

Dagegen warnte CDU-Fraktionsvorsitzender Helmut Stahl vor einem vorschnellen Handeln. „Auch wir wollen das Programm zügig umsetzen. Das setzt aber die Kenntnis von Sachverhalten voraus“, so Stahl. Bislang seien Eckpunkte des Konjunkturprogramms beschlossen worden. Weitere Absprachen der Finanzminister seien notwendig, bevor gehandelt werden könne. Hinsichtlich der Forderungen der SPD betonte er, dass allen Kommunen die Teilhabe ermöglicht werden müsse. Ebenfalls selbstverständlich sei die Hilfe für Unternehmen in Not. Aber es gelte auch, die einzelnen Maßnahmen des Konjunkturpakts kritisch zu überprüfen: „Es ist unsere Pflicht, alles zu tun, um zu vermeiden, dass die Krise in



SPD-Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft am Rednerpult; Mitglieder der Landesregierung hören aufmerksam zu.

Fotos: Schälte



Konjunkturpaket werde das Land im Haushalt 2009 Infrastrukturinvestitionen mit einem Volumen von rund 2,4 Mrd. Euro tätigen.

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft forderte die Landesregierung auf, das Konjunkturpaket und die entsprechenden Maßnahmen schnell umzusetzen. Sie appellierte an die FDP, die Maßnahmen nicht zu blockieren. „Das Geld muss jetzt in die Unternehmen“, betonte Kraft. Das zweite Konjunkturpaket gehe in die richtige Richtung, die SPD sei zum gemeinsamen Handeln bereit. Aber NRW benötige noch weitere Impulse. „Wir brauchen ein eigenes Programm, um die Konjunktur zu stützen, so wie es andere Bundesländer auch planen.“ Wichtig sei, dass es für die Kommunen möglich sei, von dem Paket zu profitieren: „Es darf nicht sein, dass finanzschwache Kommunen einen Eigenanteil aufbringen müssen, um am Konjunkturprogramm partizipieren zu können.“ Zudem gelte es, den Bürgerschaftsrahmen auszuweiten.

einer Depression endet. Wir werden alles tun, damit NRW gestärkt aus der Krise hervorgeht.“

Für den FDP-Fraktionsvorsitzenden Gerhard Papke stellte sich die Frage, ob das Konjunkturpaket die damit zusammenhängenden Neuverschuldungen rechtfertige. Aus Sicht der FDP könne er dem Paket zwar zustimmen, jedoch müsse sichergestellt sein, dass neue Impulse für die Binnennachfrage entstehen; zudem müsse eine faire Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern sichergestellt werden. Es sei aber auch zu prüfen, inwieweit sich das Paket verbessern ließe, um den Interessen der Bürger in NRW gerecht zu werden. Das Konjunkturpaket enthalte kaum sofort wirkende Maßnahmen. Notwendig sei eine umfassende Steuerreform, die die Mittelschicht sowie kleine und mittlere Unternehmen stärke. „Wir werden kein Konjunkturpaket verabschieden, das eine Absage an eine solche Steuerreform erteilt.“

Grünen-Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann kritisierte, das Verhalten der Landesregierung

sei dieser Krise in keiner Weise angemessen: „Schwarz-gelb“ sei handlungsunfähig, da ihre „ideologischen Differenzen“ unübersehbar zugenommen hätten. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung bezeichnete Löhrmann als „Flickschusterei“. Es sei weder ökologisch schlüssig noch sozial ausgewogen und ökonomisch zielgerichtet. Die Leichtigkeit, mit der neue Schulden gemacht würden, sei unverantwortlich: „Wir Grünen teilen die Skepsis der Bevölkerung gegenüber den beschlossenen Maßnahmen“, betonte Löhrmann. Sie forderte Investitionen in die Zukunft – in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur. Diese Investitionen, kämen allen zugute, stärkten die Wirtschaft und stabilisierten den Arbeitsmarkt.

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) stellte fest, es sei wichtig, sich konkrete Ziele zu setzen. Das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft müsse wiederhergestellt werden. Auch NRW werde Unternehmen unterstützen und damit Arbeitsplätze sichern. Zudem dürfe die Aufgabe des Schuldenabbaus nicht auf künftige Generationen abgeladen werden. Ein entsprechender Tilgungsfonds sei eine Frage der Nachhaltigkeit und Verantwortung. Rüttgers betonte zudem, das politische System in der Bundesrepublik habe sich in diesen Krisenzeiten bewährt. Es sei möglich gewesen, in kürzester Zeit entscheidende Gesetze zu verabschieden und weitergehende Schritte einzuleiten: „Die Entscheidungen der letzten Woche sind so qualitativ, dass wir gestärkt aus der Krise herausgehen können“, so Rüttgers.

Marie Schwinning

Einigung in Brüssel über EU-Klimapaket

Brüsseler Beschlüsse verschärfen die Fronten im Düsseldorfer Landtag

18.12.2008 – Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben die Beschlüsse zum EU-Klimapaket miteinander vereinbart und damit die Weichenstellungen für den europäischen Raum bis 2020 vorgenommen. In Anlehnung daran haben die Fraktionen im Rahmen einer Aktuellen Stunde die Ergebnisse des Brüsseler Klimagipfels sowie deren Umsetzung in Nordrhein-Westfalen konträr diskutiert. Ausgangspunkt der Debatte waren die Anträge der Fraktionen von SPD (Drs. 14/8127) und Grünen (Drs. 14/8126). In Verbindung damit wurde ebenso der Eilantrag der Grünen „Kraft-Wärme-Kopplung in NRW endlich mit Nachdruck ausbauen“ erörtert.

Der Klimawandel und der notwendige Klimaschutz, eröffnete **Reiner Priggen** (Grüne) die Debatte, werde die derzeitige Form der Stromerzeugung „komplett umwälzen“. Dies sei jedoch nicht nur bedrohlich, sondern eröffne auch weltweit neue Märkte, im Energiesektor vor allem durch Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien. Aber die Landesregierung vernachlässige fahrlässig die Chancen, die für Nordrhein-Westfalen und für die Arbeitsplätze in diesem Prozess lägen. Das Ergebnis der europäischen Konferenzen bezeichnete Priggen als „letzte Warnung“. Außerdem forderte er einen Paradigmenwechsel in Sachen Kraft-Wärme-Kopplung (KWK): „Das geht bei uns. Wir müssen es nur ambitioniert genug fortsetzen, statt immer nur auf RWE zu hören.“

Für die SPD-Fraktion begrüßte **Norbert Römer** ausdrücklich die Einigung in Brüssel beim Klimaschutz und merkte an, dass das EU-Klimapaket ein breites Fundament für künftige Neuinvestitionen in NRW bilde. Nach Auffassung Römers würden damit nicht nur gute Chancen für neue Marktteilnehmer und für mehr Wettbewerb, sondern auch gute Chancen für mehr Energieeffizienz, weniger CO₂-Emissionen und damit für mehr Klimaschutz geschaffen. Das alles, so der Abgeordnete, „musste aber gegen diese Landesregierung durchgesetzt werden“. Daran anknüpfend warf Römer der Landes-

regierung vor, „NRW energie- und klimapolitisch von der Lokomotive in das Bremserhäuschen manövriert“ und folglich den Interessen des Landes enorm geschadet zu haben.

Christian Weisbrich (CDU) kritisierte hingegen das Brüsseler Verhandlungsergebnis. Der Beschluss des EU-Ministerrats sei ein „Hammer für die Wirtschaft in Deutschland“, insbesondere aber für Nordrhein-Westfalen. Weisbrich prognostizierte, dass aufgrund der geplanten Vollauktionierung der CO₂-Zertifikate die Strompreise um bis zu 50 Prozent steigen. Damit werde wiederum für die Wirtschaft eine Zusatzlast von 10 bis 15 Milliarden Euro pro Jahr einhergehen. In Anbetracht der Wirtschaftskrise kommentierte der CDU-Sprecher: „Dümmer geht’s nimmer!“ – „Wir“, so der NRW-Christdemokrat, „haben dieses Verhandlungsergebnis hinnehmen müssen, weil unsere deutsche Stimme nicht einheitlich war, erzwungen von der Großen Koalition in Berlin“.

Als „äußerst bescheiden“ bezeichnete **Dietmar Brockes** (FDP) die Ergebnisse der Brüsseler Verhandlungen und wies darauf hin, dass eine Folge des beschlossenen Klimapakets der Ausbau von Gaskraftwerken sein werde. Nach Auffassung Brockes’ wird jene Tatsache „nicht nur die Abhängigkeit von russischem Gas erhöhen, sondern auch bei der Klimabilanz keinerlei Verbesserungen bringen“. Zum Thema Kraft-

Wärme-Koppelung merkte der FDP-Politiker an, dass dies zwar eine „sinnvolle und effiziente Technologie“ sei, allerdings nur dort Sinn mache, wo man ganzjährig einen Abnehmer für die Wärme vorfinde. Eine flächendeckende Anwendung sei mangels Wärmebedarf im Sommer sowohl für Klima- als auch für Ressourcenschonung eher kontraproduktiv.

Nachdrücklich betonte Energieministerin **Christa Thoben** (CDU), dass sich die Landesregierung frühzeitig zu den aktuellen Klimaschutzzielen der EU bekannt habe. Gleichzeitig aber unterstrich sie: „Wir haben neben diesen Zielen auch an die Interessen unseres Landes und der hier lebenden Menschen zu denken.“ Davon ausgehend befand Thoben, dass die Beschlüsse des Europäischen Rates weder der energieintensiven Industrie noch den Kraftwerksbetreibern eine „ausreichende Planungssicherheit für ihre Investitionen“ gäben. Völlig unbegreiflich sei ihr die mögliche Behandlung der KWK-Anlagen. Im Hinblick auf den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung könnten konkrete Maßnahmen erst dann festgelegt werden, wenn die Rahmenbedingungen für Investitionen bekannt seien.

Gordana Zecic

Der Eilantrag der Grünen (Drs. 14/8128) wurde mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Mehr als Tomaten, Tulpen und Käse

Landtag diskutiert verstärkte Zusammenarbeit NRW–Benelux

18.12.2008 – Eine „Jubelveranstaltung“ oder eine neue Qualität in der Europapolitik? Die Unterzeichnung einer politischen Erklärung zur stärkeren Zusammenarbeit zwischen NRW und den Benelux-Staaten auf dem Bonner Petersberg wurde von den vier Landtagsfraktionen unterschiedlich bewertet. Unstrittig in der Plenardebatte über einen Antrag der Regierungsfaktionen (Drs. 14/8089) war allerdings, dass Düsseldorf den engen Kontakt zu Den Haag, Brüssel und Luxemburg suchen müsse.

Die europäische Zusammenarbeit begründete **Ilka von Boeselager** (CDU) als eine Frage von Nachbarschaft und Freundschaft. Die CDU-Fraktion wolle mit ihrem Antrag deutlich machen, dass „wir Europa in den Regionen wirklich leben wollen“. Vor allem gelte es, den Referenzraum NRW–Benelux zukunftsfit zu machen. Auch wirtschaftlich gesehen seien für Nordrhein-Westfalen die europäischen Handelspartner Herausforderung Nummer eins. Belgien, die Niederlande und Luxemburg bildeten zusammen mit Nordrhein-Westfalen einen „einzigartigen“ Kultur- und Wirtschaftsraum. Der neue Benelux-Vertrag sowie die aktuelle Erklärung der Ministerpräsidenten der Benelux-Staaten schafften die Möglichkeit, die regionale Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Bildung, Infrastruktur, Verkehrspolitik, Umweltpolitik und innere Sicherheit zu stärken.

Auch **Dietmar Brockes** (FDP) würdigte den Vertrag über die Benelux-Wirtschaftsunion als Symbol für „Weitblick, Mut und Fortschritt“. Den Benelux-Staaten sei es „gelingen, eine Vorreiterrolle für die wirtschaftliche Integration Europas zu spielen“. Bereits heute nehme NRW an einer Benelux-Wirtschaftsunion teil. **Belgien** als Beobachter

und die Niederlande würden zu den wichtigsten Handelspartnern Nordrhein-Westfalens gehören; dies müsse ausgebaut werden. Der neue Benelux-Vertrag enthalte eine Klausel, die eine Zusammenarbeit zwischen den Benelux-Staaten und ihren Nachbarländern ermögliche. Dies böte die Chance zur vertieften politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit. Die gemeinsame politische Erklärung der Benelux-Staaten und NRW sei hierzu ein erster Schritt.

In dem vorliegenden Antrag sah **Markus Töns** (SPD) eher eine „Nachspeise“ zur Veranstaltung auf dem Petersberg vom Dezember 2008. Richtig sei, dass die Zusammenarbeit mit den Benelux-Staaten für NRW von hoher Bedeutung sei. Die aktuelle Landesregierung habe es allerdings falsch angepackt: Zunächst habe man die Stelle des Landesbeauftragten für das Verhältnis Benelux/NRW gestrichen, dann – „im Überschwang der Gefühle“ – mit der Idee eines Beitritts von NRW zum Benelux-Raum gespielt, und schließlich mit der Konferenz auf dem Petersberg „Symbolpolitik“ betrieben. „Wo ist konkretes Regierungshandeln?“, fragte Töns mit Blick auf den „Eisernen Rhein“ und die Projekte des Interreg-Programms. Sein Fazit: „Ihre Politik gegenüber unseren Nachbarstaaten ist ein einziger Schlingerkurs.“

Sylvia Löhrmann (Grüne) sah in dem Antrag der Regierungsfaktionen nichts Verkehrtes, aber auch nichts „substanziell Neues“. Er habe eigentlich das Ziel, den Ministerpräsidenten „in seinen Inszenierungskünsten“ zu unterstützen. Mit Blick auf die Beziehung NRW–Benelux gebe es eine lange Kontinuität, und Rot-Grün sei schon weiter gewesen, als „Jubelveranstaltungen“ zu organisieren. Konkret fragte Löhrmann nach, was denn nun in der Zusammenarbeit der Schulen und Hochschulen geplant sei und forderte mit Blick auf die Anerkennung von Schulabschlüssen: „Offenbar gibt es Dinge, bei denen es nicht vernünftig geht. Lassen Sie uns doch über die konkreten Probleme sprechen.“ Ihr Fazit: „Wir dürfen uns in puncto Europa nicht die Rosinen herauspicken, sondern müssen es als Ganzes gestalten.“

Europaminister Andreas Krautscheid (CDU) hob den besonderen Charakter der „Politischen Erklärung der Regierungen der Mitglieder von Benelux und von Nordrhein-Westfalen über die Entwicklung einer engen Zusammenarbeit“ hervor. Diese Erklärung sei von den Regierungschefs dreier selbstständiger Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie vom Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens unterzeichnet worden. Dies bedeute eine neue Qualität in der Europapolitik des Landes; NRW gehe an die „Maximalgrenze“ dessen, was ein Bundesland im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit tun könne. Die Übereinkunft ergänze die anderen Maßnahmen in den bilateralen Beziehungen zu den Nachbarstaaten und in der Arbeit der Euregios. Sie ziele ab auf eine Reihe von Projekten, die für die Bürgerinnen und Bürger konkret spürbar seien. *cw*

Der Antrag (Drs. 14/8089) wurde einstimmig an den Hauptausschuss überwiesen.

Foto: Schälte

Auch Menschen aus Ländern außerhalb der EU verfolgen aufmerksam die Sitzungen im Landtag.

Zahlreiche Elemente der beiden Anträge, sagte **Michael Solf** (CDU), seien auch im Aktionsplan „Integration“ von Minister Laschet enthalten. „Die Unruhe, die Sie treibt, habe ich auch“, sagte der CDU-Politiker, zeigte sich jedoch zuversichtlich, dass die nötige Ressortabstimmung Ende Januar abgeschlossen sei. Er stimme mit den Grünen darin überein, dass man den Kommunen die Entscheidung überlassen wolle, ob sie einen Integrationsausschuss oder einen Integrationsrat vor Ort für sinnvoller hielten. Dann aber könne das Gremium nicht am gleichen Tag wie der Rat selbst gewählt werden. Für richtig befand der CDU-Politiker, die Migrantinnen und Migranten selbst wählen zu lassen, wer sie in dem Integrationsgremium vertreten soll. Ein kommunales Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer aus Ländern außerhalb der EU lehnte Solf allerdings ab.

Für die FDP erklärte **Horst Engel**, dass man den betreffenden Teil der Gemeindeordnung 2007 deshalb noch nicht überarbeitet habe, weil damals noch keine Erfahrungen vorgelegen hätten. Die meisten Kommunen hätten ein Gremium gebildet, dem sowohl direkt gewählte Migrantenveteren als auch Ratsmitglieder angehörten. „Es gilt: evaluieren, bewerten und dann mit Vorschlägen kommen“, sagte Engel. Erst nach Auswertung der Modellversuche und der Kommunalwahl 2009 solle eine mit allen Beteiligten abgestimmte Neuregelung getroffen werden. Auch der FDP-Politiker sprach sich für getrennte Wahltermine aus, damit der neu gewählte Rat über die Form der Zusammenarbeit mit den Migrantinnen und Migranten entscheiden könne. Außerdem, merkte er an, gehe es um den Dialog, der vor Ort gelebt werde, und nicht so sehr um institutionelle Dialoge über Gremien.

Abschließend betonte **Innenminister Dr. Ingo Wolf** (FDP), dass man im Zeitplan liege und es keinen Grund zur Unruhe gebe. „Wir sind nach wie vor fest entschlossen und auch intensiv daran, diese Lösung zu erarbeiten, um das in eine gesetzgeberische Fassung umzusetzen“, sagte der Minister. In den Kommunen gebe es ein großes Interesse daran, Dinge alternativ entscheiden zu können. Diese Organisationsfreiheit sei in der Gemeindeordnung angelegt und mache auch an dieser Stelle Sinn. Angesichts dessen, dass die Überlegungen zur Thematik noch nicht abgeschlossen seien, bewertete der Innenminister die beiden Anträge als „überflüssig“. SOW

Der Antrag der SPD (Drs. 14/8087) wie auch der Antrag der Grünen (Drs. 14/8085) wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Wie gelingt Integration?

Opposition fordert mehr kommunale Beteiligungsrechte für Zugewanderte

18.12.2008 – Menschen, die aus Ländern außerhalb der EU nach Deutschland gekommen sind, haben kein kommunales Wahlrecht. Daher fordern SPD (Drs. 14/8087) und Grüne (Drs. 8085) im Landtag, rechtzeitig vor der Kommunalwahl den gesetzlichen Weg zumindest für Integrationsräte in den Städten und Gemeinden freizumachen. Ein Gesetzentwurf der Landesregierung ist zwar in Arbeit. Nun werde aber die Zeit bis zur Kommunalwahl knapp, mahnen die Oppositionsfraktionen. CDU und FDP sehen sich dagegen auf einem guten Weg.

Foto: Schälte

Integrationsräte, argumentierte **Britta Altenkamp** (SPD), eröffneten ausländischen Menschen ohne Wahlrecht den einzigen Weg, sich an der Kommunalpolitik „selbstbestimmt“ zu beteiligen. Es gehe darum, den Stellenwert des Gremiums Ausländerbeirat zu verbessern und sicherzustellen, dass Migrantinnen und Migranten direkt wählen könnten, wer sie vertreten solle. Bisher sei es den Kommunen freigestellt, entweder einen ordentlichen Ratsausschuss für Integration oder ein anderes, auch mit Zugewanderten besetztes Gremium zu bilden. Nun seien die Kommunen per Gemeindeordnung zu verpflichten, ein solches, paritätisch besetztes Gremium zu bilden. Obwohl Integrationsminister Laschet zugesagt habe, sich persönlich dafür einzusetzen, sei bislang nichts passiert. Dabei gehe es um Respekt und Anerkennung gegenüber den Migrantinnen und Migranten.

Die Dringlichkeit des Anliegens betonte auch **Andrea Asch** (Grüne): Zu einer „Absurdität“ führe die Ungleichbehandlung von Menschen, die aus der EU oder eben nicht aus der EU kämen: „Die Österreicher dürfen wählen, die Schweizer nicht, die Schweden dürfen wählen, die Norweger nicht, türkische Zyprioten dürfen wählen, sonstige Türken nicht.“ Asch forderte das kommunale Wahlrecht „für alle Migrantinnen und Migranten, die dauerhaft hier leben“. Unabhängig davon seien sowohl der Integrationsrat mit einer Minderheit an Ratsmitgliedern als auch der Integrationsausschuss mit einer Mehrheit an Ratsmitgliedern erfolgreich erprobt worden. Die Wahl der Integrationsräte müsse gleichgestellt werden mit der Wahl des Kommunalparlaments, forderte die Grüne. „Bringen Sie den Gesetzentwurf im Januar ein, damit er zur Kommunalwahl wirksam werden kann.“

Generationsminister Armin Laschet
(CDU) am Rednerpult

„Im Land des langen Lebens“

Unterrichtung der Landesregierung zum demographischen Wandel

17.12.2008 – Kurz vor dem Jahreswechsel bestimmte ein Blick in die Zukunft die parlamentarische Debatte im Landtag Nordrhein-Westfalen. In einer Unterrichtung des Parlaments erklärte die Landesregierung, wie der demographische Wandel das Land in den nächsten Jahren verändern werde und mit welchen landespolitischen Maßnahmen der Wandel gestaltet werden müsse. Während die Abgeordneten der Regierungsfractionen von CDU und FDP in der anschließenden Aussprache die Ausführungen unterstützten, kritisierten die Oppositionsfractionen von SPD und Grünen die skizzierten Pläne. Sie vermissten wesentliche strategische Maßnahmen.

„Wir müssen unser Land fit machen für das Jahr 2025“, sagte **Generationsminister Armin Laschet** (CDU) im Plenum. Dann würden die geburtenstarken Jahrgänge von 1955 bis 1965 Schritt für Schritt in Rente gehen. Schon jetzt sei der Wandel durch die Folgen einer alternden Gesellschaft, durch schrumpfende Bevölkerung und langjährige Zuwanderung in den Kommunen angekommen. Es sei wichtig, besonders Kinder, Jugendliche und Familien für eine Zukunft „im Land des langen Lebens“ zu stärken, erklärte Laschet. Durch weitere Anstrengungen in der Integrations-, Gesundheits-, Arbeitsmarkt- und Wohnpolitik könne der Wandel zur Chance werden. Laschet erklärte, künftig das gesamte Regierungshandeln auf „Demographie-Tauglichkeit“ überprüfen zu wollen. Dann werde Nordrhein-Westfalen auch 2025 „Heimat für alle Generationen“ bleiben.

Als einen „dreisten Fall der Lebenszeitverkürzung von Abgeordneten“ empfand **Britta Altenkamp** (SPD) die Ausführungen des Generationsministers. Sie vermisste im Plenum konkrete Maßnahmen zur Ausgestaltung des demographischen Wandels in Nordrhein-Westfalen und eine vorausschauende Politik der Landesregierung. Die Abgeordnete kritisierte, dass die Landesregierung von CDU und FDP gerade mit Blick auf die absehbaren Folgen des demographischen Wandels in den Kommunen keine konkrete Hilfe leiste. Stattdessen werde die erforderliche Infrastruktur in Städten wie Duisburg weiter abgebaut. Die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung sei deshalb als eine „dürre Bilanz“ der Landespolitik seit 2005 zu werten.

Lob für die Ausführungen der Landesregierung äußerte **Ursula Doppmeier** (CDU). Mehr denn je komme es darauf an, „eine Politik für alle Generationen zu gestalten“. Daher begrüße sie die Initiative des Ministerpräsidenten, das Jahr 2008 zum „Jahr des Miteinanders der Generationen“ ausgerufen zu haben. Während die rot-grüne Landesregierung hierzu bis 2005 keine Anstrengungen unternommen habe, kümmere sich die Landesregierung von CDU und FDP insbesondere um die Familien „als Garanten der Zukunft“. Als Beispiele nannte Doppmeier die Verzahnung der entsprechenden Politikbereiche, das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) und die Schaffung von 7.000 neuen Lehrerstellen an den Schulen. „Die Ampel ist auf Zukunft gestellt“, so das Fazit der Abgeordneten.

Den demographischen Wandel erklärte **Christian Lindner** (FDP) folgendermaßen: „Immer mehr Menschen leben immer länger und werden immer später pflegebedürftig.“ Dies sei ein Grund zur Freude und Gewinn für die Gesellschaft. Allerdings, so merkte Lindner an, würde dieser Gewinn gefährdet, „wenn wir nicht heute den Wandel gestalten“. Die Landesregierung von CDU und FDP habe den demographischen Wandel als politisches Querschnittsfeld begriffen. Obwohl es in Zukunft weniger junge Menschen gebe, würden die Ausgaben für Bildung und Erziehung weiter erhöht, was zu einer deutlichen Qualitätssteigerung führe. Lindner begrüßte die Unterrichtung und prognostizierte, dass der demographische Wandel den Landtag von nun an regelmäßig beschäftigen werde.



Britta Altenkamp (SPD)



Ursula Doppmeier (CDU)



Christian Lindner (FDP)



Andrea Asch (Grüne)

„Eine sehr müde Vorstellung“ sah **Andrea Asch** (Grüne) in der Unterrichtung. Sie zeigte sich enttäuscht, dass Minister Laschet das Thema Integration nur am Rande behandelt habe. So forderte Asch die Landesregierung auf, sich stärker um Kinder aus Migrantenfamilien zu bemühen. Die Abwanderung von jungen Menschen werde zunehmend zu einem gesellschaftlichen Problem, erklärte die Abgeordnete. Zugleich müsse die Landesregierung die Kommunen bei der Quartiersplanung stärker unterstützen, um den Bedürfnissen einer alternden Gesellschaft gerecht zu werden. Asch zeigte sich überzeugt: Werde der demographische Wandel richtig gestaltet, „dann haben wir in Zukunft eine Gesellschaft, die älter, die aber auch bunter und vielfältiger sein wird“.

„Sie steuern 2025 in eine soziale Katastrophe“, meinte **Rüdiger Sagel** (fraktionslos) zu den Ausführungen. Um diese Katastrophe zu verhindern, müssten Mindestlöhne eingeführt und mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden. SW

Schlag auf Schlag

Landtag Intern macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Josef Wilp (CDU)



Elisabeth Koschorreck (SPD)

Eine alternde Gesellschaft bedeutet für Nordrhein-Westfalen ...

... eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur, da gleichzeitig die Zahl der Kinder deutlich abnimmt. Ein Land des langen Lebens birgt neben Herausforderungen auch Chancen, nämlich dann, wenn älter als Gewinn, bunter als Bereicherung und weniger mitunter auch als mehr verstanden wird.

... zugleich Herausforderung und Chance. Vor allem ist es eine lösbare Aufgabe, wenn alle Verantwortlichen zusammenwirken und wir heute schon die richtigen Weichen stellen.

Das Szenario von einem zukünftigen „Konflikt der Generationen“ halte ich für ...

... vermeidbar, wenn es gelingt, eine solidarische Gesellschaft zu schaffen. Dazu gehört ein generationenübergreifender Konsens über die zentralen Werte und Aufgaben. Es geht um ein Miteinander und Füreinander, nicht um ein Nebeneinander und erst recht nicht um ein Gegeneinander.

... stark übertrieben. Ich lebe selbst in einer engen Gemeinschaft mit vier Generationen zusammen. Wir wissen alle, dass wir ohneeinander nicht auskommen. Ob es Konflikte zwischen Gruppen gibt, hängt davon ab, wie der soziale Ausgleich durch Politik und Gesellschaft in Zukunft geregelt wird.

Die sozialen Sicherungssysteme werden in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ...

... immer wieder vor besonderen Herausforderungen stehen. Es gilt, die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest auszugestalten und darauf zu achten, dass im Rahmen von Generationengerechtigkeit Ansprüche, Leistungen und Vorleistungen aller Generationen sachgerecht miteinander abgewogen werden.

... das wichtigste Rückgrat für unsere solidarische Gesellschaft sein. Nur sie garantieren, dass alle die notwendigen Leistungen in schwierigen Lebenslagen bekommen und dass die eigene Lebensleistung gerecht gewürdigt wird. Die aktuelle Finanzkrise zeigt, dass Solidarität zwischen den Generationen das tragfähigste Konzept für die Alterssicherung ist.

Um für den demographischen Wandel gewappnet zu sein, muss die Landespolitik ...

... allen Generationen gerecht werden, das heißt zugleich eine kinder-, familien- und seniorengerechte Politik betreiben. Zudem hat sich Politik einzusetzen für eine bessere Ausbildung, qualifizierte Zuwanderung, die Erhöhung der Frauenerwerbsquote sowie eine Verminderung der Lasten der Nachwuchsenden.

... mehr für die Kommunen tun. Der demographische Wandel wirkt sich dort in der alltäglichen Daseinsfürsorge am stärksten aus. Finanzielle Unterstützung, Beratung und Standards, die die Gleichheit der Lebensverhältnisse im ganzen Land ermöglichen, die Vereinbarung von Kultursensibilität im Hinblick auf die älter werdenden Migrantinnen und Migranten, sind dringend notwendig.

Eine zunehmend älter werdende Gesellschaft verlangt von den Städten und Gemeinden ...

... eine Neupositionierung fast aller kommunalen Politikfelder. Es geht unter anderem um die Bereiche des Arbeitens, der Bildung, des Wohnens, des Verkehrs, der Mobilität, der Gesundheit und Pflege, der Kultur, des Sports und der Auf- und Zuteilung der Ressourcen, auch der finanziellen.

... eine sozialpolitische Perspektive, die Sicherheits- und Schutzfunktion bei besonderem Bedarf, wie etwa Krankheit, Hilfs- und Pflegebedürftigkeit beinhaltet und eine Perspektive, die auf die Förderung der Selbstbestimmung, den Erhalt der Selbstständigkeit sowie die Mitverarbeitung älterer Menschen zielt.

Die Auswirkungen einer älter werdenden Gesellschaft stellen jede Bürgerin und jeden Bürger schon heute vor die Herausforderung, ...

... sich auf diesen Wandel einzustellen: Für die junge und mittlere Generation wird die persönliche Vorsorge eine immer größere Bedeutung erlangen, um auch im Alter den Lebensstandard halten zu können.

... sich auf ein Leben im Alter einzustellen und Vorsorge zu treffen. Wie möchte ich zukünftig leben und was muss ich heute dafür tun? Jede und jeder muss heute schon im Blick haben, dass wir Verantwortung füreinander haben. Bereits heute gibt es sehr viele ältere Menschen in unserer Gesellschaft, um die wir uns kümmern können und müssen.

Wenn unsere Nachkommen in 50 Jahren auf die heutige Politik zum demographischen Wandel zurückblicken, werden sie sagen, ...

... die gesellschaftlich Verantwortlichen haben die richtigen Weichen für ein respektvolles und solidarisches Miteinander von Jung und Alt gestellt. Das zumindest wünsche ich mir. Doch ich bin kein Prophet.

... dass wir vieles richtig und manches falsch gemacht haben, dass unsere Gesellschaft vielfältig und lebendig geliebt ist, dass das Bekenntnis zu den sozialen Sicherungssystemen Garant für Stabilität und Gerechtigkeit war und ist.

Diesmal zum demographischen Wandel.



Christian Lindner (FDP)



Andrea Asch (Grüne)

... die Verwirklichung des Menschheitstraums von einem längeren und möglichst gesunden Leben. Damit es kein Alptraum wird, muss die Politik aber heute die Weichen stellen. In Berlin ist von einer Gestaltung des demographischen Wandels leider zu wenig zu sehen.

... übertrieben. Es ist aber eine ernstzunehmende Mahnung, den Generationenvertrag neu zu justieren, damit Ältere und Jüngere gleichermaßen vor einer unfairen Verteilung der Lasten geschützt werden. Nicht nur die Politik, auch die Gesellschaft ist gefragt.

... reformiert werden müssen. Die Große Koalition hat versäumt, sie zukunftssicher auszugestalten. Wir brauchen nach dem Vorbild der privaten Krankenversicherungen mehr Kapitalrückstellungen in allen Säulen der Sozialversicherung. Das betrifft gerade die Pflege. Dazu kommt die Stärkung der Eigenvorsorge.

... erstens: Entscheidungen der Gegenwart aus der Perspektive des Jahres 2050 hinterfragen. Zweitens: den Staat durch weniger Schulden und Bürokratie handlungsfähig halten. Drittens: mit gesellschaftlichen Gruppen einen öffentlichen Dialog über die konkreten Folgen des demographischen Wandels führen.

... eine andere soziale Infrastruktur, neue Formen der Einbeziehung agiler Senioren in den Alltag und eine angepasste Stadtentwicklung. Ältere Menschen wollen länger, barrierefrei und zentrumsnah in den eigenen vier Wänden leben.

... bei finanziellen Vorsorgeentscheidungen und der eigenen Lebensplanung frühzeitig an das Alter zu denken, obwohl wir solche Gedanken lieber verdrängen.

... dass Deutschland nach dem Wechsel zu einer schwarz-gelben Bundesregierung im September 2009 zum Glück die Kurve bekommen hat!

... die Chancen der Umgestaltung für ein menschlicheres, an den Bedürfnissen von alten und behinderten Menschen orientiertes Gemeinwesen zu entwickeln. Mit dem Schrumpfen der Bevölkerung gewinnen Zuwanderung und die Förderung von Kindern und Familien eine neue Bedeutung.

... falsch. Der demographische Wandel rückt das solidarische Miteinander der Generationen in den Blickpunkt. Die wachsende Zahl von generationenübergreifenden Projekten ist eine Chance für unser Zusammenleben. Dies gilt es weiter auszubauen und zu fördern, etwa mit kurzen Wegen und Verkehrsberuhigungen.

... weiterentwickelt und demographiefest gemacht werden. Wir müssen Menschen im Alter besser vor Armut schützen und die Pflege qualitativ wie organisatorisch verbessern, mit einer solidarisch finanzierten Reserve ausstatten und ebenso wie die Krankenversicherung zu einer umfassenden BürgerInnenversicherung ausbauen.

... dieses Thema endlich in Angriff nehmen. Als Querschnittsaufgabe muss es zur Chefsache der Landesregierung gemacht werden. In Zusammenarbeit aller Ressorts ist ein strategisches Konzept zu entwickeln, um den Herausforderungen des demographischen Wandels zu begegnen und NRW zukunftsfest zu machen.

... eine ressortübergreifende Quartiersplanung, die den Sozial-, Wohnungs- und Verkehrsbereich verbindet. Die kommunale Infrastruktur muss den Bedürfnissen alter Menschen angepasst, altersgerechtes und generationenübergreifendes Wohnen gefördert und Angebote für alle Generationen gesichert werden.

... das Miteinander der Generationen zu gestalten, sich einzubringen in die Quartiersplanung, mitzuwirken am Aufbau von Strukturen, die ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen.

... dass die Notwendigkeiten der Steuerung viel zu spät erkannt worden sind. Es wurde viel geredet, aber zu wenig zielführend in Angriff genommen und umgesetzt. Es wurde leider noch zu lange und zu viel in Großeinrichtungen investiert, statt in überschaubaren Wohn- und Pflegeangeboten im Wohnquartier.

Schlag auf Schlag

Idee und Umsetzung:
Sebastian Wuwer und
Christoph Weißkirchen.

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Der Duisburger Polizeieinsatz bei einer Großdemonstration gegen den Gaza-Krieg hat für die beteiligten Polizeibeamten möglicherweise „disziplinarrechtliche Konsequenzen“. Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) kündigte im **Innenausschuss** (Vorsitz Winfried Schittges, CDU) an, entsprechende Maßnahmen prüfen zu lassen. Bei der Demonstration mit rund 10.000 Beteiligten hatten Polizisten Israelflaggen aus Fenstern eines Wohnhauses entfernt, weil sie gewaltsame Ausschreitungen der islamischen Demonstranten befürchteten. Da sich zum Zeitpunkt der Demonstration keine Personen in der Wohnung aufhielten, mussten die Polizisten die Wohnungstür eintreten, um die Flagge vorübergehend in Beschlag zu nehmen. „Es ist mehr als bedauerlich, dass bei diesem Einsatz in die Meinungsfreiheit eingegriffen wurde“, sagte Innenminister Wolf im Ausschuss. Der Vorfall bedürfe einer „sorgfältigen Aufarbeitung“. Dies forderten im Innenausschuss auch Abgeordnete aller vier Fraktionen.

+++

Trotz Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen im Moment nicht von einer flächendeckenden Kreditklemme betroffen. Das erfuhr der **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** (stellvertretender Vorsitz Dietmar Brockes, FDP) in einer öffentlichen Anhörung von Sachverständigen. Die SPD-Fraktion hatte in einem Antrag (Drs. 14/6679) gefordert, die Landesregierung solle insbesondere den Mittelstand besser vor der Kreditklemme schützen. Wie die Sachverständigen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Bankensektor bestätigten, sei es für die meisten Unternehmen weiterhin möglich, über Kredite Fremdkapital für ihre Geschäfte zu erhalten. Jedoch seien die Bedingungen und Prüfverfahren zur Kreditvergabe in den vergangenen Wochen und Monaten deutlich erschwert worden, so die Sachverständigen. Diesen Eindruck bestätigte auch der neue Vorstandsvorsitzende der NRW.Bank, Dietmar Binkowska, der sich bereits einen Tag vor der Anhörung den Abgeordneten im Ausschuss vorstellte. „Um einen Kredit zu bekommen, müssen Mittelständler nun deutlich höhere Hürden nehmen“, erklärte Binkowska. Von einer allgemeinen Kreditklemme könne jedoch keine Rede sein.



Illustration: Peter Flock

Ein mehrheitlich positives Votum für einen Neuzuschnitt einzelner Landtagswahlkreise hat der **Hauptausschuss** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) an das Plenum abgegeben. Der entsprechende Gesetzentwurf von CDU und FDP (Drs. 14/7826) sieht Änderungen von Wahlkreisen in Aachen, Bonn, im Rhein-Erft-Kreis sowie in Wuppertal und im Kreis Soest vor. Die Regierungsfractionen begründen die neue Einteilung mit dem Landeswahlgesetz (LWahlG). Demnach ist eine Neuabgrenzung von Wahlkreisen dann vorzunehmen, wenn die Bevölkerungszahl in diesen Wahlkreisen um mehr als 20 Prozent von der durchschnittlichen Einwohnerzahl der Wahlkreise abweicht. Zudem schreibt das Gesetz vor, nach Möglichkeit die Grenzen der Kreise und kreisfreien Städte sowie örtliche Zusam-

menhänge zu berücksichtigen. Die Fraktions-sprecher Ilka Freifrau von Boeselager (CDU) und Ralf Witzel (FDP) erklärten im Ausschuss, der Neuzuschnitt der Wahlkreise sei eine „sinnvolle Korrektur“. Die SPD-Fraktion stimmte dem Gesetz zu, obwohl sie die Änderungen nicht für notwendig hielt. „Die breite Akzeptanz des Wahlkreisgesetzes ist allerdings ein Wert an sich“, sagte die SPD-Abgeordnete Carina Gödecke. Die Grünen enthielten sich der Stimme. Ihre Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann erklärte, zunächst wolle die Fraktion intern beraten und danach Position für die zweite Lesung des Gesetzentwurfs im Plenum beziehen.

Wie die Krankenhauslandschaft zukünftig ausgestaltet werden muss, diskutierten Sachverständige im **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD). Die Mitglieder des Landesausschusses für Krankenhausplanung befassten sich mit einem Antrag der SPD-Fraktion (Drs. 14/7451), der die Landesregierung auffordert, unverzüglich einen Rahmenplan für Nordrhein-Westfalen vorzulegen. Vor diesem Hintergrund appellierte Karsten Gebhardt (Krankenhausesellschaft NRW) an die Abgeordneten, die Krankenhäuser am Konjunkturprogramm des Bundes teilhaben zu lassen, um den vorhandenen Investitionsstau zu beseitigen. Thomas Fritz (Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Krankenkassen in Westfalen-Lippe) sah den Krankenhausrahmenplan auf einem guten Weg, und auch Michael Süllwold (Verbände der Ersatzkassen in Nordrhein) befand den Plan für sinnvoll. Die Sachverständigen Ulrike Lubek (Landschaftsverband Rheinland) und Helga Schuhmann-Wessloik (Landschaftsverband Westfalen-Lippe) erklärten, besonders in der Psychiatrie sei ein Ausgleich von Versorgungsgaps nötig.

+++

In kulturellen und künstlerischen Bereichen sind Frauen noch immer unterrepräsentiert. Darüber informierte der Staatssekretär für Kultur, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff, die Abgeordneten im **Ausschuss für Frauenpolitik** (Vorsitz Elke Rühl, CDU). In seinem Bericht über „Gender Mainstreaming im Kulturbereich“ führte er aus, dass sich die Situation für Künstlerinnen im Vergleich zu den Vorjahren zwar verbessert habe, aber weiterhin unbefriedigend sei. Daher möchte das Land seine Bemühungen verstärken, zum Beispiel die stark unterrepräsentierten Dirigentinnen in Nordrhein-Westfalen zu fördern.

+++

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependence des Landtags, der Villa Horion, ist für den 16. Februar 2009 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter der Nummer 0211 884-4444 erforderlich.

517

„Es reicht uns jetzt!“

Solidarpakt II – Sachverständige fordern Entlastung für Kommunen

Nicht mehr nach Himmelsrichtungen, sondern nach tatsächlicher Bedürftigkeit sollen notleidende Kommunen finanziell unterstützt werden. Das fordern die Grünen in ihrem Antrag mit dem Titel „Vergleichbare Kommunen in Ost und West gleich behandeln: Sonderzuweisungen und Altschuldenhilfe für strukturschwache NRW-Kommunen ermöglichen, kommunale Belastung für Einheitslasten zurückführen“ (Drs. 14/7348). Die kommunale Beteiligung an den Einheitskosten müsse im Solidarpakt II neu geregelt werden. Mit den Vorschlägen befassten sich Sachverständige in einer öffentlichen Anhörung. Im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform (Vorsitz Edgar Moron, SPD) fanden sie deutliche Worte.

Was sind die Bedingungen und die Grenzen der Solidarität? Diese Frage stellte Claus Hamacher als Sprecher der kommunalen Spitzenverbände in den Mittelpunkt seiner Ausführungen zum Solidarpakt II. Er vertrat die Auffassung, das bisherige System zur Unterstützung der ostdeutschen Kommunen müsse dringend infrage gestellt werden. „In vielen nordrhein-westfälischen Kommunen brennt die Hütte, und trotzdem müssen diese Kommunen weiterhin ihre Solidarbeiträge entrichten“, kritisierte Hamacher. Es sei längst keine Seltenheit mehr, dass westdeutsche Kommunen ihre Solidarbeiträge über Kassenkredite finanzieren müssten. Ihre Finanzlage sei teilweise drastischer als bei Kommunen in ostdeutschen Bundesländern.

Dieser Meinung waren auch die Vertreter von Kommunen. Mit deutlichen Worten forderten sie eine Neuausrichtung der Finanzhilfen. „Es reicht uns jetzt“, fasste der Dorstener Bürgermeister Lambert Lütkenhorst (CDU) die Stimmungslage in der rund 80.000 Menschen umfassenden Kommune im nördlichen Ruhrgebiet zusammen. Bis zum Jahr 2008 habe Dorsten über 47 Millionen Euro an Solidarbeiträgen gezahlt, obwohl sich die Stadt im Nothaushalt befinde. „42 Prozent unserer gesamten Kassenkredite mussten wir ausschließlich für Solidarzwecke ausgeben“, erklärte Lütkenhorst. Wenn sich nicht bald etwas ändere, werde in der Öffentlichkeit eine generelle Solidaritätsdebatte losgetreten, so seine Prognose. Auch der Mönchengladbacher Oberbürgermeister Norbert Bude (SPD) forderte

eine spürbare „Zäsur“ und appellierte an die Landespolitik, „sich bitteschön mit diesem Thema zu beschäftigen“.

GELSENKIRCHEN UND LEIPZIG

Eine abweichende Position vertrat in der Anhörung allein Prof. Thomas Lenk vom Institut für Finanzen der Universität Leipzig. Anhand von Berechnungen wollte er den Ausschussmitgliedern belegen, dass nordrhein-westfälische Kommunen keinen Anspruch auf Finanzhilfen hätten. So habe die Steuerkraft im Land Nordrhein-Westfalen im Jahr 2006 rund 924 Euro pro Einwohner betragen. Für alle neuen Bundesländer zusammengerechnet liege dieser Wert bei lediglich rund 425 Euro. „Das Land ist immer noch an erster Stelle für die finanzielle Unterstützung seiner Kommunen verantwortlich“, erklärte Lenk. Auch der vielzitierte Vergleich zwischen dem westdeutschen

Gelsenkirchen und dem ostdeutschen Leipzig sei nicht tragbar. „Aus eigener Kraft ist Leipzig noch immer nicht da, wo Gelsenkirchen heute schon ist.“

Auf Unverständnis stieß diese Position bei den weiteren Sachverständigen: „Niemand käme auf die Idee, einen Hartz-IV-Empfänger zur Kreditaufnahme zu zwingen, damit dieser Steuern zahlen kann“, schloss sich der Oberhausener Stadtkämmerer Bernhard Elsemann der Kritik am Solidarpakt II an. Aus Sicht der Stadt Oberhausen, die mit 282 Millionen Euro überschuldet sei und sich seit 1986 in der Haushaltsicherung befinde, sei eine Neuausrichtung der Solidarfinanzen unbedingt notwendig. Dass sich die Finanznot der Kommunen längst auch auf die Kreisebene auswirke, veranschaulichte Roland Butz für den Kreis Recklinghausen. „Aus eigener Kraft kommen viele Kommunen aus ihren Schulden nicht mehr heraus“, so Butz, der für das laufende Haushaltsjahr auch eine deutliche Verschlechterung der Kreisfinanzen befürchtet.

„Nach zwei Jahrzehnten ist die Zeit der Anschubfinanzierung vorbei“, meinte schließlich Prof. Martin Junkernheinrich vom Lehrstuhl für Stadt-, Regional- und Umweltökonomie der Technischen Universität Kaiserslautern. Kommunen in Westdeutschland gehe es finanziell genauso schlecht wie Kommunen in Ostdeutschland. Allerdings dämpfte der Sachverständige die Hoffnungen auf eine schnelle Lösung der Probleme. Kein heute tätiger Landespolitiker hätte die Chance, die Auswirkungen einer Reform des Solidarsystems noch in seiner Amtszeit miterleben. Denn: „Ein Zug, der 20 Jahre in dieselbe Richtung gefahren ist, lässt sich nur sehr schwer umlenken.“

SW



Der Vorsitzende Edgar Moron (SPD, re.) begrüßte Sachverständige im Ausschuss für Kommunalpolitik.

Laufende und kommende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR – INHALT	BERATUNG IM PLENUM	BESCHLUSS	BERATUNGSSCHRITTE (ALLE TERMINE UNTER VORBEHALT)
14/8090	Gesetz zur Erhebung von § 4 Absatz 1 Nummer 7 und Anlage 2 der Beihilfenverordnung in Gesetzesrang	CDU, FDP – Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die zum 1. Januar 2007 neu geregelte Beihilfefähigkeit von Arzneimitteln	17./18. 12.2008	Haushalts- und Finanzausschuss	Erste Beratung im Ausschuss steht noch aus
14/8036	Änderung der Regelung der Ladenöffnungszeiten	SPD – Schaffung der Möglichkeit, dass bestimmte Verkaufsstellen am 1. Weihnachtsfeiertag sowie am Oster- und Pfingstsonntag für die Dauer von fünf Stunden geöffnet haben können	17./18. 12.2008	Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (federführend)	Erste Beratung im Ausschuss am 14.1.2009, weitere Beratungen voraussichtlich im März 2009
14/8025	Regelungen zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in das Landesrecht	LANDESREGIERUNG – Umsetzung der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie, deren Ziel die Verbesserung der grenzüberschreitenden Erbringung von Dienstleistungen ist	17./18. 12.2008	Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform (federführend)	Erste Beratung im Ausschuss am 21..2009 Anhörung am 25.3.2009
14/7961	Gesetz zur Reform der Lehrerausbildung	LANDESREGIERUNG – Fachliche Weiterentwicklung der Lehrerausbildung durch Steigerung der Qualität im Sinne des neuen Schulgesetzes	1. Lesung 17./18. 12.2008	Ausschuss für Schule und Weiterbildung (federführend)	Anhörung am 4.3. 2009, weitere Beratungen bis zum 6.5.2009
14/7940	Abrechnungsfondsgesetz	LANDESREGIERUNG – Aufteilung der Zahlungsverpflichtungen zwischen Bund und Ländern, Schaffung eines Sondervermögens mit der Funktion eines Puffers, Glättung und Verteilung der Haushaltsbelastungen über mehrere Jahre	1. Lesung 3.12.2008	Überweisung an den Haushaltsausschuss	Weitere Ausschussberatungen bis 22.1.2009, Anhörung am 15.1.2009, 2. Lesung im Plenum am 28./29./30.1.2009
14/7930	3. Nachtragshaushalt 2008	LANDESREGIERUNG – Änderung des Landshaushaltsgesetzes und des Haushaltsplans für 2008, Umsetzung des Ergebnisses der Steuerschätzung, Zuführungen zum Sondervermögen „Risikoabschirmung WestLB AG“ sowie zum noch zu errichtenden Fonds bezgl. der finanziellen Lasten des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes	1. Lesung 3.12.2008	Überweisung an den Haushaltsausschuss	Weitere Ausschussberatungen bis 22.1.2009, Anhörung am 15.1.2009, 2./3. Lesung im Plenum am 28./29./30.1.2009
14/7895	Geodatenzugangsgesetz	LANDESREGIERUNG – Umsetzung der Richtlinie 2007/2/EG, Erarbeitung des Gesetzentwurfs zur Gewährleistung der durch die Richtlinie geforderten Interoperabilität	1. Lesung 3.12.2008	Überweisung an den Innenausschuss (federführend) und an den Hauptausschuss	Erste Beratung im Ausschuss am 11.12.2008, weitere Beratung Anfang 2009
14/7925	Bergmannsversorgungsschein	LANDESREGIERUNG – Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung des Gesetzes, redaktionelle Anpassungen an geltendes Recht	1. Lesung 3.12.2008	Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	Erste Beratung am 21.1.2009, weitere Beratung ab März 2009
14/7826	Änderung des Gesetzes über die Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Landtag NRW	CDU und FDP – Änderung des Wahlkreisgesetzes und Regelung zur Befristung des Gesetzes über die Wahlkreiseinteilung	1. Lesung 12.11.2008	Überweisung an den Hauptausschuss	Beratungen 27.11.2008, 22.1.2009, 2. Lesung im Februar
14/7796	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt	LANDESREGIERUNG – Möglichkeit der Kooperation mit einem Partner	1. Lesung 12.11.2008	Überweisung an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform (federführend) sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss	Erste Beratung im Ausschuss am 26.11.2008, weitere Beratung und ggf. Beschlussfassung am 4.3.2009
14/7792	Gesetz zur Stärkung der Personalthoheit der Kommunen in Nordrhein-Westfalen	LANDESREGIERUNG – Schaffung einer rechtlichen Möglichkeit zur Zahlung von Leistungsentgelten an kommunale Beamtinnen und Beamte, Aufhebung der Stellenobergrenzenverordnung vom 10.05.2005	1. Lesung 12.11.2008	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend), an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform sowie an den Innenausschuss	Erste Beratung im Ausschuss am 27.11.2008, Anhörung am 5.2.2009

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR – INHALT	BERATUNG IM PLENUM	BESCHLUSS	BERATUNGSSCHRITTE (ALLE TERMINE UNTER VORBEHALT)
14/7497	Sechstes Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes	LANDESREGIERUNG – Änderung der Abführungsregelung aus dem Jahresüberschuss der Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen (Wfa)	1. Lesung 23.10.2008	Überweisung an den Ausschuss für Bauen und Verkehr (federführend) sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss	Erste Beratung im Ausschuss am 29.10.2008, öffentliche Anhörung am 15.1.2009
14/7000 14/7001 14/7002	Haushaltsgesetz 2009 Finanzplanung 2008-2012 Gemeindefinanzierungsgesetz	LANDESREGIERUNG – Feststellung des Haushaltsplans Regelung der Finanzausstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände	1. Lesung 27.8.2008	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss und die einzelnen Fachausschüsse	Weitere Ausschussberatungen bis 22.1.2009, Anhörung am 15.1.2009, 3. Lesung im Ausschuss am 5.2.2009, 2./3. Lesung im Plenum (28./29./30.1. bzw. 11./12.2.2009)
14/6327	Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft in NRW	SPD – Zusammenführung der bisherigen Einzelbestimmungen zum Untersuchungshaftvollzug	1. Lesung 12.3.2008	Überweisung an den Rechtsausschuss	Zuletzt Beratung am 2.4.2008, ggf. Vorlage der Landesregierung und anschließende weitere Beratung
14/1541	Gesetz zur Änderung der Landesverfassung	SPD, GRÜNE – Stärkung des Informationsrechts und des Unterrichtsanspruchs des Parlaments gegenüber der Landesregierung	1. Lesung 6.4.2006	Überweisung an den Hauptausschuss	Zuletzt behandelt am 6.3.2008, Beratung läuft
14/272	Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes	SPD – Einrichtung einer Personalvertretung bei jeder Staatsanwaltschaft	1. Lesung 28.9.2005	Überweisung an den Rechtsausschuss (federführend) sowie den Innenausschuss	Zuletzt behandelt am 3.11.2005, Beratung ruht

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	1. LESUNG – GEPLANT	BESCHLUSSVORSCHLAG – ÜBERWEISUNG AN DEN	
14/8176	Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften	LANDESREGIERUNG	28. – 30.1. 2009	Haushalts- und Finanzausschuss (federführend)	
14/8291	Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen	LANDESREGIERUNG	28. – 30.1. 2009	Ausschuss für Bauen und Verkehr	
14/8290	Gesetz zum Ausbau der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen	LANDESREGIERUNG	28. – 30.1. 2009	Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (federführend)	
14/8329	Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation zugewanderter Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden – Änderung des § 27 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen	GRÜNE	28. – 30.1. 2009	Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (federführend)	
14/8335	Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes	CDU, FDP	28. – 30.1. 2009	Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform	

Abgeschlossene Gesetzgebung – am 17./18. Dezember 2008 im Plenum entschieden

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	BERATUNG IM PLENUM	BESCHLUSS	IM GESETZBLATT VERKÜNDET
14/6933	Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gliederung und die Bezirke der ordentlichen Gerichte	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 18.12.2008	Angenommen	

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. In der elektronischen Fassung unter www.landtagintern.de finden Sie Links zu ausführlicheren Informationen.

CDU fordert Ausweitung des Erfolgsprojekts „Jedem Kind ein Instrument“ auf ganz NRW



Die CDU-Landtagsfraktion macht sich jetzt in einem Antrag dafür stark, das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ nach Möglichkeit flächendeckend auf ganz Nordrhein-Westfalen auszuweiten. Gleichzeitig soll geprüft werden, inwiefern sich das Projekt um die Elemente Singen und Tanzen erweitern lasse.

Vor zwei Jahren hatte die Landesregierung als erstes und größtes Projekt der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ für das Ruhrgebiet auf den Weg gebracht. Schon damals gab es die erklärte Absicht von Landesregierung und Koalition, nach der Probephase das Projekt schrittweise auf das ganze Land auszuweiten.

„Wir stellen fest, dass dieses Projekt überaus gut angenommen und bereits in vielen anderen Bundesländern übernommen wird“, erklärt Thomas Sternberg (Foto), kulturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. In Nordrhein-Westfalen gebe es außerhalb des

Ruhrgebiets mittlerweile eine Vielzahl von Kommunen und Schulen, die sich lieber heute als morgen an diesem Projekt beteiligen wollten.

„Die ästhetisch-kulturelle Bildung ist in unserem Land in erheblichem Ausmaß verloren gegangen. Ästhetische Bildung und Urteilskraft bilden aber die notwendige Voraussetzung für eine sinnvolle Beschäftigung und Auseinandersetzung mit Kunst. Sie sind das Fundament eines vertieften Verständnisses unserer Kultur“, konstatiert Sternberg.

Kunst sei der Bereich der schöpferisch-freien Betrachtung und Gestaltung. Sie lebe durch Kreativität und fördere sie. Sternberg: „Durch Beschäftigung mit Kunst wird unsere Wahrnehmung geschärft. Sie ist persönlicher Ausdruck.



Kinder und Jugendliche, die sich und ihre Gefühle ausdrücken können, haben nicht nur mehr Lebensfreude. Sie sind auch in der Lage, ihre Welt positiv zu gestalten. Durch musische Bildung werden intellektuelle und soziale Kompetenzen gefördert.“

Daher müsse auf der Grundlage der Auswertung möglichst zeitnah ein

Konzept entwickelt werden, wie und in welchen Schritten „Jedem Kind ein Instrument“ auch in den anderen Landesteilen eingeführt werden könne. Kommunen, die sich schon möglichst bald beteiligen wollen, müssen dabei unterstützt werden, so der CDU-Kulturexperte. „Mit interessierten Kommunen und Musikschulen sollten bereits im Schuljahr 2009/2010 erste Pilotprojekte erprobt werden.“

FDP-Fraktion will die vielfältige Zeitungslandschaft in NRW erhalten



Die FDP im Landtag setzt sich für den Erhalt der vielfältigen und einzigartigen Zeitungslandschaft in Nordrhein-Westfalen ein. „Tageszeitungen leisten einen herausragenden unverzichtbaren Beitrag zur



politischen Meinungsbildung“, sagt der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Ralf Witzel. Durch diese Aufgabe haben Zeitungen eine unentbehrliche Funktion für die Demokratie, erläutert der Medienexperte. „In NRW erscheinen mehr als 40 Tageszeitungen. Ein Großteil der Bürger kann zwischen verschiedenen lokalen Titeln wählen. Das bietet ganz unterschiedliche Blickwinkel auf das Geschehen in der Region“, lobt Witzel die Vielfalt.

Doch die Lage der Zeitungsverlage sei schwierig. Der Kleinanzeigenmarkt wandert zunehmend ins Internet ab, die Verkaufszahlen sinken, und im Netz machen gebührenfinanzierte öffentlich-rechtliche Medien mit Online-Angeboten den Verlagen Konkurrenz. „Um diesen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen und die Meinungsvielfalt zu erhalten, müssen aus Sicht der Freien Demokraten die Rahmenbedingungen für Verlage und Journalisten in NRW verbessert werden“, erklärt Ralf Witzel.

Mit einer parlamentarischen Initiative unterstreicht die FDP die Bedeutung der Medienvielfalt. Sie setzt sich dafür ein, dass Kooperationen und Fusionen in der Verlagsbranche erleichtert werden und dabei die Titelvielfalt erhalten bleibt. Zudem sollen Modelle geprüft werden, die Zeitungsverlagen unter Wahrung der rechtlichen Vorgaben eine Mehrheitsbeteiligung an Rundfunkveranstaltern ermöglichen. Bei allen notwendigen Veränderungen fordert Ralf Witzel die Zeitungshäuser jedoch dazu auf, „ihrer besonderen publizistischen Verantwortung gerecht zu werden und mit Augenmaß und sozialverträglich zu handeln“.

Doch nicht nur ökonomische Faktoren stellen Verlage vor Herausforderungen; auch das Verhalten der Mediennutzer verändert sich. Damit auch die heranwachsende Generation die Zeitung als verlässliche Informationsquelle zu schätzen lernt, unterstützen die Liberalen Zeitungsprojekte für junge Menschen wie „Zeitung in der Schule“ und „ZeitungsZeit“.

Auf Harald Schartau folgt Peter Weckmann



Der frühere nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister und SPD-Landeschef Harald Schartau (Bild, rechts) legte zum Jahreswechsel sein Landtagsmandat nieder. Die SPD-Landtagsfraktion verabschiedete den 55-Jährigen, der nun Arbeitsdirektor beim Stahlkonzern Georgsmarienhütte ist, bei einem Empfang im Foyer der Sozialdemokraten im Düsseldorfer Landtag. Fraktionschefin Hannelore Kraft bedankte sich bei Harald Schartau für die langjährige gute und intensive Zusammenarbeit. Von 2001 bis 2005 waren Kraft und Schartau bereits Kabinettskollegen in der nordrhein-westfälischen Landesregierung gewesen.

Gleichzeitig begrüßte die SPD-Fraktionsvorsitzende den „Nachrücker“ Peter Weckmann. Der Diplom-Pädagoge wird sich vor allem im Kulturausschuss des Landtags einbringen. Seine Heimatstadt Essen ist im kommenden Jahr Kulturhauptstadt Europas. ■

Deutscher Schulpreis für Lernen ohne Notenzwang



Die grüne Landtagsfraktion gratuliert der Wartburg-Grundschule in Münster (Foto), die den Deutschen Schulpreis errungen hat! Die Wartburg-Schule wurde für ihr besonderes pädagogisches Konzept ausgezeichnet. Die Schule ohne Noten und Klassenarbeiten bis zur dritten Klasse, ohne Hausaufgaben und Stundenpläne ist ein zentraler Baustein in der Arbeit der prämierten leistungsstarken Schule. Die Schülerinnen und Schüler arbeiten nach individuellen Lernplänen und erhalten Lernentwicklungsberichte. Damit müsste die „beste Schule Deutschlands“ der Landesregierung ein Dorn im Auge sein. Denn innovative Konzepte der Leistungsbewertung, wie sie die Wartburg-Schule anwendet, sind nicht erwünscht und ausweislich des schwarz-gelben Schulgesetzes nur an besonderen Modellschulen möglich. Das haben CDU und FDP beim Zwang zur Vergabe der höchst umstrittenen Kopfnoten für das Arbeits- und Sozialverhalten im Schulgesetz durchexerziert. Alternative Konzepte waren da

ohne Chance. Diesem Notenzwang sollen sich zudem jetzt auch die kirchlichen Schulen unterwerfen, die sich bislang noch gesträubt haben. Nun gibt es zwar Hoffnung für die Wartburg-Grundschule, die ihr prämiertes Konzept trotz des Schulgesetzes weiterführen darf. Doch diese Freiheit und Eigenverantwortung muss auch für andere Schulen gelten. Laut Schulgesetz sind schließlich alle Schulen eigenverantwortlich. Dazu muss gehören, dass alle Schulen ihre im Einverständnis mit den Eltern entwickelten, erprobten und oft über Jahre bewährten Konzepte in Fragen der Leistungsbewertung weiterführen bzw. wieder aufnehmen können. Aber auch neue Konzepte der Leistungsbewertung ohne Notenzwang müssen im Sinne der pädagogischen Weiter-

entwicklung unserer Schulen wieder möglich sein. Mit unserem Antrag „Gleiches Recht für alle: Kein Notenzwang bei guten pädagogischen Konzepten“ (Drucksache 14/8288) wollen wir die Landesregierung bewegen, ihre starre Haltung endlich aufzugeben. ■



2009: Das Jahr der Wahlen

Europaparlament, Bundestag, Kreistag, Stadtrat – das Jahr 2009 wird für NRW das Jahr der Wahlen. Der Landtag nimmt seine Verantwortung ernst und möchte mit mehreren Initiativen die Bürgerinnen und Bürger dazu auffordern, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Ein Schwerpunkt des Informationsangebots richtet sich an Erstwähler. Daher stellt Landtag Intern heute zwei wichtige Jugendprojekte des Landtags vor.



Jugendliche eingeladen, die noch nicht zu den „Jung-Profis“ der politischen Parteien zählen. Für das Jugendforum Europa werden 17- bis 20-Jährige angesprochen, beim Jugend-Landtag wird das Alter der Teilnehmer etwas niedriger, nämlich 15 bis 18 Jahre sein.

MEINUNG ERWÜNSCHT

In beiden Fällen werden die Jugendlichen politische Themen bearbeiten. Eine Klima-, Umweltschutz- oder Energiefrage ist beim Jugendforum Europa vorgesehen. Für den Jugend-Landtag werden gleich zwei Themen intensiv vorbereitet. Die Erfahrung mit dem 1. Jugend-Landtag zeigt, dass die Befassung mit mehr als zwei Themen, die in den Fraktionen, den Ausschüssen, in Anhörungen und im Plenum beraten werden, den zeitlichen Rahmen überschreiten würde. Damit die Jugend-Abgeordneten dennoch Themen auch selbst bestimmen können, ist für den Jugend-Landtag aber auch eine Aktuelle Stunde geplant. Dies versetzt die Jugendlichen in die Lage, kurzfristig ein ihnen wichtiges Thema ins Plenum zu bringen, über das sie diskutieren können. *dd*

Kontakt

Weitere Infos zu den Jugendveranstaltungen gibt es beim Sachbereich „Jugend und Parlament“, Dorothea Dietsch, Telefon (0211) 884-2450, E-Mail dorothea.dietsch@landtag.nrw.de

Mehr Jugend ins Parlament!

Jugendforum Europa im März – 2. Jugend-Landtag im Juni

Jugend und Europa – zwei wichtige Themen, mit denen sich der Landtag im ersten Halbjahr des neuen Jahrs intensiv beschäftigt: Am 13. März wird es eine Europaveranstaltung für jugendliche Erstwähler und vom 28. bis zum 30. Juni wegen des großen Erfolgs eine Neuauflage des Jugend-Landtags geben. Bei beiden Veranstaltungen sollen die teilnehmenden Jugendlichen Kenntnisse über die demokratischen Entscheidungsprozesse erhalten, sich anschließend leichter in der politischen Welt zurecht finden und zu weiterem politischen Engagement ermuntert werden. Deshalb werden beim Jugendforum Europa Abgeordnete des Europaparlaments und beim Jugend-Landtag das Präsidium wie auch Abgeordnete des Landesparlaments den Jugendlichen persönlich Rede und Antwort stehen.

Die Resonanz auf den 1. Jugend-Landtag im Sommer 2008 war durchweg positiv – nicht nur bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, sondern auch bei den Abgeordneten und Medien. Das große Medienecho zeigte, dass der Landtag NRW mit der Veranstaltung die Chance nutzen konnte, für die parlamentarische Arbeit zu werben.

JUGEND-LANDTAG: BEWERBEN!

Der zweite Jugend-Landtag soll wie der erste die reale Zusammensetzung des Landtags NRW widerspiegeln. Daher dürfen sich wieder Jugendliche bei ihren örtlichen Abgeordneten

bewerben; diese suchen ihre „Platzhalterin“ oder ihren „Platzhalter“ aus und melden sie für den Jugend-Landtag an.

Für das Jugendforum Europa dagegen werden gemeinsam mit dem Europäischen Parlament (Informationsbüro für Deutschland) diejenigen weiterführenden Schulen angeschrieben, die sich bereits bei der Aktion „Der Landtag besucht eure Schule“ beworben und um einen Besuch des Präsidiums gebeten haben. So ist sichergestellt, dass sich engagierte Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte anmelden.

Da mit den beiden Veranstaltungen das Interesse und das Verständnis von jungen Menschen für die parlamentarische Demokratie gefördert werden sollen, sind vor allem



Porträt: Ulla Meurer (SPD)



Ihre Freizeit nutzt Ulla Meurer noch heute gern für sportliche Aktivitäten. In ihrer Jugend war die im hessischen Schlitz geborene SPD-Abgeordnete begeisterte Leichtathletin. Der 100- und der 200-m-Lauf waren ihre Spezialität. Mit 15 Jahren gewann sie mit ihrer Mannschaft eine Meisterschaft im Waldlauf. Parallel dazu spielte sie Handball. Mitte der 90er-Jahre hatte Ulla Meurer, die Geschichte und Germanistik an der RWTH Aachen studierte, ein kleines sportliches Comeback, als sie bei den Stadtmeisterschaften der Leichtathletik in ihrem Wahlkreis Heinsberg Stadtmeisterin wurde.

Sportlich wollte es Ulla Meurer auch angehen, als sie zusammen mit ihrem Mann im letzten Sommer mit Zelt und Fahrrad durch Nordrhein-Westfalen radelte. Als passionierte Verfechterin des Raucherschutzes im Düsseldorfer Landtag wollte die Sozialdemokratin vor Ort erkunden, wie das neue Nichtrauchergesetz in der Praxis angewendet wird. Gleich zu Beginn musste sie erleben, dass auf einem Campingplatz jeden Abend „geschlossene Gesellschaft“ war. Damit durfte in den Gastronomieräumen geraucht werden und draußen auch. „Für Nichtraucher war kein Eckchen frei, wo der Qualm nicht hingezogen ist“, erinnert sich die SPD-Abgeordnete.

Noch unerfreulicher war ein Erlebnis in Detmold. Da hatte sich die Parlamentarierin in einem Biergarten niedergelassen, um einem Platzkonzert zuzuhören. Als es anfang zu regnen und sie in das Haus flüchtete, erfuhr sie, dass das Lokal als Raucherklub geführt wurde. Ihr Versuch, daraufhin die Essensbestellung rückgängig zu machen, misslang zunächst. Erst als sich Ulla Meurer als Landtagsabgeordnete outete, die im NRW-Parlament vehement für den Nichtraucherschutz ficht, konnte sie sich durchsetzen. „Das Ganze war höchst unerfreulich und das Personal sehr uneinsichtig“, bilanziert Ulla Meurer enttäuscht ihre praktische Erfahrung.

Das Negativ-Erlebnis hindert die SPD-Frau jedoch keineswegs daran, sich weiterhin für eine Präzisierung des Nichtrauchergesetzes stark zu machen. „Meiner Meinung nach brauchen wir eine bundeseinheitliche Regelung“, sagt die 53-Jährige, die selber früher einmal stark geraucht hat. „In meiner Jugend habe ich für Raucherecken auf dem Schulhof gekämpft, jetzt bin ich froh, dass das Rauchen in Schulen generell verboten ist“, freut sich die Abgeordnete. Zur entschiedenen Kämpferin gegen die Qualerei ist Ulla Meurer allerdings erst durch die Krankheit des jüngeren ihrer zwei Söhne geworden. „Seither darf bei uns zu Hause nicht mehr geraucht werden“, sagt Ulla Meurer.

Politisch aktiv wurde Ulla Meurer, die auch gelernte Industriekauffrau ist, nachdem die SPD die Bundestagswahl 1983 verloren hatte. „Da habe ich gesagt: Nun erst recht. Du meckerst nicht länger herum, sondern du machst mit.“ Exakt am 8. März 1983, am internationalen Frauentag, trat sie in die von ihr favorisierte SPD ein. Dort arbeitete sie bei der „SGK“ und der „AsF“ mit, wurde Vize-Vorsitzende des Ortsvereins Heinsberg und kam 1989 erstmals in den Rat der Stadt, dem sie auch heute noch angehört. Außerdem ist Ulla Meurer Mitglied in der Gewerkschaft ver.di.

Vor der letzten Landtagswahl bewarb sie sich um ein SPD-Mandat und rutschte für sie völlig unerwartet in den Landtag. „Ich wollte mich engagieren, für die Partei kämpfen, Stimmen sammeln und es einfach mal gemacht haben“, begründet sie ihre Kandidatur. „Mit meinem Listenplatz 42 hatte ich wirklich nicht mit einem Abgeordnetenplatz gerechnet“, sagt Ulla Meurer heute. Inzwischen hat die SPD-Abgeordnete an ihrer neuen Aufgabe so viel Freude, dass sie gerne wieder kandidieren möchte. Als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, im Ausschuss für Frauenpolitik sowie im Ausschuss für Generationen, Familie und Integration hat sie einen umfangreichen Aufgabenbereich gefunden, bei dem sich viele Themen verzahnen. In allen drei Ausschüssen setzt Ulla Meurer den Schwerpunkt auf die Verbesserung des Kinderschutzes. „Sie sind immer das schwächste Glied in der Gesellschaft und brauchen die meiste Hilfe“, ist die Abgeordnete überzeugt.

Als Ausgleich zu ihrer stressigen Abgeordnetenarbeit werkelt Ulla Meurer gern in ihrem Blumengarten, schmökert Krimis oder reist mit ihrem Mann als Koch per Zelt durch europäische Länder. „Mein Mann kann auf einem Trangia-Brenner ein so tolles Drei-Gänge-Menü zubereiten, dass alle Frauen auf dem Campingplatz neidisch werden und die Männer Stress bekommen, weil sie das nicht machen“, gibt Ulla Meurer lachend preis.

Gerlind Schaidt

„ZEUS“ im Landtag

Ein 13-Jähriger im Wagen der Präsidentin, Jugendliche mit Stift und Block vor der Tür des Direktors oder im Presseclub der Fraktionen – das hat einen guten Grund: Der Landtag beteiligt sich an „ZEUS“, dem medienpädagogischen Projekt „Zeitung und Schule“.

ZEUS, entwickelt von der Journalistenschule Ruhr, richtet sich an die Klassen 8 bis 13 aller Schulformen. Während der Projektwochen werden die Jugendlichen selbst journalistisch tätig. Sie wählen Themen aus, um darüber Berichte oder Reportagen zu schreiben. Bisher gibt es bereits zwei Landtags-Themen: „Ein Besuch im Landtag NRW“ und „Ein Tag mit dem Präsidium des Landtags“, bei dem die Jugendlichen Landtagspräsidentin Regina van Dinther oder ihre Vizes zu Schulbesuchen begleiten.

JEANS TABU

Beide Themen bieten viel Stoff für Artikel: „Kleider machen Leute – dieses Motto gilt im Landtag“ schreiben etwa Lisa Maria Adams und Malte Buch in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ nach einem Landtags-Besuch. Jeans und Turnschuhe seien tabu. Das hatten Pascal Nienaber und Iweri Achwlediani aus Bochum offensichtlich gelesen, denn zum Schulbesuch in Kierspe mit Vizepräsidentin Angela Freimuth erschienen sie in weißen Oberhemden, mit sauberen Schuhen und reichlich Informationsmaterial aus dem Internet. Wie bisher alle ZEUS-Reporterinnen und -Reporter waren sie anschließend überrascht, wie locker die Mitglieder des Präsidiums, der Landtagsdirektor und die Abgeordneten auftraten.

Anscheinend spricht sich rasch herum, dass die ZEUS-Angebote des Landtags Spaß machen. Denn immer mehr Schülerinnen und Schüler wollen mit dem Präsidium zu Schulbesuchen fahren oder an einem der zahlreichen Angebote im Landtag teilnehmen. An allen ZEUS-Projekten zusammen haben sich schon mehr als 500.000 Jugendliche beteiligt. *dd*



Kontakt im Landtag NRW:
Besucherdienst (0211) 884-2444,
Sachbereich „Jugend- und Parlament“ (0211) 884-2450.

Geburtstagsliste

Vom 28. Januar 2009 bis 10. Februar 2009

28.1. Schultheis, Karl (SPD)	56
28.1. Unruhe, Jürgen (SPD)	39
31.1. Apel-Haefs, Ulrike (SPD)	57
31.1. Tillmann, Angela (SPD)	52
3.2. Walsken, Gisela (SPD)	51
4.2. Priggen, Reiner (Grüne)	56
9.2. Kern, Walter (CDU)	55
10.2. Biesenbach, Peter (CDU)	61
10.2. Killewald, Norbert (SPD)	48

Ehemalige Abgeordnete*

28.1. Skorzak, Franz (CDU)	80
31.1. Gorlas, Johannes (SPD)	75
1.2. Stevens, Martin (SPD)	80
5.2. Wegener, Karl (CDU)	75
5.2. Lagemann, Inge (SPD)	65
6.2. Balke, Franz-Josef (CDU)	70

* besondere Geburtstage ab 65

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 29. Januar 2009 ein: um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Die nächste reguläre Plenarsitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen findet statt am 11./12. Februar 2009.

Herausgeberin:

Die Präsidentin des Landtags
Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinter,
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion:

Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),
Sonja Wand (sow, Redakteurin),
Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
Redaktionelle Mitarbeit:
Doro Dietsch (dd), Sebastian Wuwer (sw)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),
884-2450 (dd) und 884-2137 (sw)
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Remmel MdL (Grüne), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,

www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Einen historischen Moment ...

... erlebten mehr als 500 Gäste in der Wandelhalle des Landtags. Dort verfolgten sie live auf einer Großleinwand, wie Barack Obama vor dem Kapitol in Washington D.C. als erster schwarzer Präsident der USA vereidigt wurde. Gemeinsam mit dem Düsseldorfer US-Generalkonsul Matthew G. Boyse (re.) und der Vorsitzenden des Amerika Hauses NRW, Jeane von Oppenheim, begrüßte Angela Freimuth (li.) die Zuschauerinnen und Zuschauer. Die Landtagsvizepräsidentin engagiert sich als Vorsitzende der Deutsch-Amerikanischen Parlamentariergruppe für die transatlantische Freundschaft. Mit der Amtseinführung von Obama verband sie die Hoffnung, dass sich nun noch mehr Bürgerinnen und Bürger für die Beziehungen zwischen NRW und den USA interessieren und persönlich einsetzen.

Foto: Schälte